**Der Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Wissenschaftlicher Dienst

An die
Vorsitzende des Innen- und Rechtsausschusses
Fau Monika Schwalm, MdL

im Hause

**Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:**

**Mein Zeichen: L 204-2 BvK 1/04
Meine Nachricht vom:**

Bearbeiter: Heiko Voß

**Telefon (0431) 988-1022
Telefax (0431) 988-1037
parlamentsdienst@landtag.ltsh.de**

21. Oktober 2004

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 15/5097**

**Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zur
Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes über die Feststellung eines
2. Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003**

Sehr geehrte Frau Schwalm,

als Anlage übersende ich Ihnen die Kopie eines Schreibens vom 21. Oktober 2004,
mit dem ich in dem obigen Verfahren um eine Fristverlängerung bis zum
31. Januar 2005 gebeten habe.

Mit freundlichen Grüßen
Für den Wissenschaftlichen Dienst

gez. Elke Harms
(Elke Harms)

**Der Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Landtagsverwaltung

An den Vorsitzenden
des Zweiter Senats
des Bundesverfassungsgerichtes
Herrn Vizepräsident
Prof. Dr. Dres. h.c. Hassemer
Postfach 1771

76006 Karlsruhe

**Ihr Zeichen: 2 BvK 1/04
Ihre Nachricht vom: 08.09.2004**

**Mein Zeichen: L 204- 2 BvK 1/04
Meine Nachricht vom:**

Bearbeiter: Heiko Voß

**Telefon (0431) 988-1022
Telefax (0431) 988-1037
parlamentsdienst@landtag.ltsh.de**

21. Oktober 2004

**Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes über die Feststellung eines
2. Nachtrags zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003
- 2 BvK 1/04**

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Hassemer,

mit am 15. September 2004 eingegangenem Schreiben vom 08. September 2004 wurde dem Schleswig-Holsteinischen Landtag der Antrag der Abgeordneten der Fraktion der CDU mit der Bitte übersandt, bis zum **15. November 2004** Stellung zu nehmen.

Nach § 43 der Geschäftsordnung des Landtages wurde der Antrag mit Schreiben vom 16. September 2004 unmittelbar dem Innen- und Rechtsausschuss zur Beratung überwiesen. Der Ausschuss hat dem Landtag in seiner Sitzung am 20. Oktober 2004 den Vorschlag unterbreitet, in dem Verfahren eine Stellungnahme abzugeben und einen Prozessbevollmächtigten zu bestellen. Diese Beschlussempfehlung ist auf die Tagesordnung der nächsten Tagung des Landtages vom 10. bis 12. November 2004 gesetzt worden.

- 2 -

In Anbetracht des notwendigen parlamentarischen Verfahrens ist die gesetzte Frist zu kurz. Dem Prozessbevollmächtigten sollte eine angemessene Zeitspanne für die Einarbeitung und die Fertigung des Schriftsatzes zur Verfügung gestellt werden.

Ich bitte Sie daher, einer Fristverlängerung bis zum

31. Januar 2005

zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Elke Harms
(Elke Harms)